Debatte um Kopftuchverbot an Grundschulen schwelt weiter

23. Mai 2019



Berlin (KNA) In der Union wachsen offenbar Bestrebungen, in Grundschulen das Tragen von Kopftüchern zu verbieten. „Ich fordere ein Bundesgesetz, um sicherzustellen, dass junge Mädchen in unseren Bildungseinrichtungen frei und unbeschwert aufwachsen können“, sagte Carsten Linnemann, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (Mittwoch). „Die nötigen juristischen Prüfungen sollten wir jetzt schnell vorantreiben.“

Der CDU-Abgeordnete fügte hinzu: „Wenn die politische Mitte sich dieses Themas nicht annimmt, tun es andere.“ In einzelnen Brennpunktschulen in Großstädten gingen bis zu 40 Prozent der jungen Mädchen mit Kopftuch in die Schule. „Das ist nicht hinzunehmen. Es gibt zwar ein Elternrecht, aber auch eine Schutzpflicht des Staates gegenüber Minderjährigen.“ Linnemann erklärte, er sei bereits mit Verfassungsrechtlern im Gespräch. Ziel sei es, das „Gesetz über die religiöse Kindererziehung“ so zu modifizieren, dass Kopftücher für Mädchen unter 14 Jahren in der Schule und in der Kita künftig nicht mehr erlaubt sind.

Die religionspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Christine Buchholz, warf Linnemann vor,

vor der Europawahl am rechten Rand zu fischen und Stimmung gegen Muslime zu schüren. Ihre Partei hingegen stehe gegen jede Form von Ausgrenzung und Rassismus, sagte die Abgeordnete. „Wir stellen uns gegen jeden Zwang, Kopftuch, Kippa, Turban oder Kreuz tragen zu müssen oder es nicht tragen zu dürfen.“

(KNA - tkpmm-89-00148)
Foto: Pixabay

Stand: 24. November 2026